

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 330.— Mtl. Einzelverkaufspr. 25.— Mtl. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die abgesparte Pettizelle oder deren Raum 75.— Mark, auswärtige 80.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Mtl., für Reklamen 250.— Mtl. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 299.

Freitag, 22. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Die Ablehnung Amerikas.

Der Direktor der Morgan-Bank, Lammond, äußerte sich noch einmal über die Unterredung des amerikanischen Finanzmagnaten mit dem deutschen Botschafter Wiedfeld. Interessant an dieser Neuzeitung ist, daß die amerikanischen Finanzleute ohne eine endgültige Regelung des Reparationsproblems auch nicht bereit sind, Deutschland eine kleine Unleihe zu gewähren. Es scheint also daß der deutsche Botschafter im Auftrage der deutschen Regierung in dieser Richtung vorgeführt hat. Ist das richtig? Dann bereitet sich die deutsche Regierung auf eine Zwischenlösung vor. Das heißt, sie überlegt, wie man der inneren und äußeren Katastrophe entgehen kann, wenn vor dem 15. Januar keine Aussicht auf Gesamtregelung besteht. Das ist an und für sich zu begründen. Unrichtig ist nur, für diesen Fall eine Hilfe von außen zu erwarten, anstatt die Kräfte in Anspruch zu nehmen, die im eigenen Lande vorhanden sind. Ohne Unleihen ist eine aussichtsreiche Sanierung des Staatshaushalts, eine Stabilisierung der deutschen Währung nun einmal nicht möglich. Dass das Ausland unter den obwaltenden Umständen Deutschland den Kredit verweigert, braucht nicht erst Herr Morgan zu sagen. Es gibt keinen anderen Ausweg als die Inanspruchnahme des deutschen Privatkredits. Dass Verhandlungen mit der deutschen Industrie stattgefunden, wissen wir ja seit einigen Tagen. Wir wissen weiter, daß diese Verhandlungen die deutsche Regierung so stark in Anspruch nehmen, daß sie nicht in der Lage ist, sich auch noch um andere Teile der Bevölkerung zu kümmern. Warten wir ab, was bei dieser Geschäftigkeit herauskommt.

Wenn man dem Pariser Berichterstatter des "Manchester Guardian" trauen darf, bereitet sich auch die Entente auf eine Zwischenlösung vor. Nach der Meldung des Blattes haben sich die Vertreter Frankreichs und Englands auf ein zweijähriges Moratorium für Deutschland geeinigt, auf der Grundlage einer Finanzkontrolle, der Durchführung der Finanzreform, einer innerdeutschen Goldmarkanleihe zur Stabilisierung der Mark, Beschlagnahme der Zölle und Auslieferung von Staatsforsten und Bergwerken. Von diesen Grundsätzen waren die meisten schon in dem Memorandum des Garantiekomitees vorgegeben. Neu wäre lediglich die Auslieferung der Staatsforsten und Bergwerke, die seinerzeit von Lloyd George abgelehnt wurde. Der "Manchester Guardian" fügt seiner Meldung hinzu, daß auch Italien und Belgien dem französisch-englischen Übereinkommen zugesimmt haben, sodass die Pariser Zusammenkunft am 2. Januar einen rein formellen Charakter tragen werde. Entspricht das alles den Tatsachen, dann dürfte der Regierung Cuno zu Beginn des neuen Jahres ein recht bitterer Kelch überreicht werden.

Englands Programm für die Pariser Konferenz.

Baldwins Mission.

Paris, 21. Dezember.

Der Berichterstatter des "Petit Journal" in London macht eine Reihe von Angaben über das Programm für die Reise des englischen Schatzlanglers nach Washington. Stanley Baldwin wird sofort nach seiner Ankunft in Washington am 3. Januar den Präsidenten Harding sehen, den er über das unterrichten wird, was im Verlaufe der letzten interalliierten Konferenz in London geschehen ist. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß Baldwin hierbei folgende Vorschläge machen wird: Großbritannien ist gewillt, die deutschen Fonds der Serie C. anzunehmen, was Frankreich entsprechend erleichtern wird. Indessen wird je-

densfalls die Bedingung gestellt, daß Frankreich in keiner Form in die Angelegenheit eingreift, daß es irgendwie einen Teil des deutschen Territoriums weder besetzt, noch zu besetzen droht, daß es einem langfristigen Moratorium für die Reparationen zusimmt und die endgültige Festsetzung der deutschen Schulden auf eine vernünftige Summe annimmt. Gegen diese Konzessionen wird England von den Vereinigten Staaten gewisse Bedingungen für sich selbst erlangen. Es hofft einen Zinsfuß von zwei bis drei Prozent für seine Schulden zu erhalten. Diese Schulden sollen in vierzig Jahreszahlungen zwischen je 25 und 35 Millionen Pfund Sterling rückzahlbar sein.

Wie der Berichterstatter des "Petit Parisien" aus London meldet, steht das englische Schatzamt die Arbeiten für die Pariser Konferenz am 2. Januar sieberhaft fort. Sir John Bradbury beschäftigt sich gemeinsam mit den englischen Sachverständigen sieberhaft mit dieser Aufgabe; aber der englische Plan ist noch nicht endgültig ausgearbeitet. Dem Berichterstatter zufolge rechnet man in London damit, daß man bei der Zusammenkunft in Paris einen neuen Vorschlag der deutschen Regierung besiegen wird, der geeignet ist, als Grundlage für Verhandlungen zu dienen. Man hebt mit besonderer Betonung hervor, daß Poincarés Bericht auf militärische Zwangsmassnahmen, den er in seiner letzten Rede in der französischen Kammer bereits ausgesprochen hat, die allgemeine Zustimmung gefunden hat. Man legt, dem Korrespondenten zufolge, diese Dispositionen der französischen öffentlichen Meinung als Anzeichen dafür aus, daß Poincaré zustimmen würde, auch die übrigen von Frankreich vorgeschlagenen Maßnahmen — die im übrigen immer noch die fast einstimmige Opposition Großbritanniens finden — aufzuschieben, wenn die Alliierten Frankreich greifbare Beweise ihres Willens geben, ihm zu helfen und Deutschland anzuhalten, das zu bezahlen, was vernünftigerweise von ihm verlangt werden kann.

Fortgang der Reparationsbesprechungen in Berlin.

Berlin, 22. Dezember.

Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen über die Regelung des Reparationsprogramms nehmen ihren Fortgang und zwar wie bisher in der Form, daß der Reichskanzler, sowie die Reichsminister Dr. Hermes und Beyer besonders mit den Sachverständigen verhandeln. Über das Ergebnis der Besprechungen wird nach wie vor strengstes Stillschweigen gewahrt. Im Laufe des heutigen Tages wird ein Teil der Parteiführer vom Reichsminister von Rosenberg und ein anderer Teil von Reichsminister Beyer empfangen werden.

Paris erwartet Vorschläge.

Paris, 22. Dezember.

Von amtlicher französischer Stelle wurde gestern abend vor Gerüchten einer Kompromißlösung in der Reparationsfrage gewarnt mit dem Bemerkten, zwei Drittel aller Pressemeldungen über die Reparationsverhandlungen seien falsch. Zwischen Frankreich und England seien in den letzten Tagen keine neuen Ereignisse von Wichtigkeit eingetreten. Es sei nicht anzunehmen, daß der französische Botschafter Saint Aulaire mit Vorschlägen Poincarés nach London zurückkehrt sei. Die französische Regierung will anscheinend jetzt zunächst abwarten, was Deutschland vorschlagen will. Man sprach gestern abend an französischer Zuständiger Stelle von gewissen Eröffnungen, die Frankreich in letzter Zeit gemacht worden seien. Man bemerkte weiter, gewisse deutsche Persönlichkeiten würden vielleicht in der nächsten Zeit nach Paris kommen. In Kreisen des Quai d'Orsay wird erklärt, daß mit annehmbaren deutschen Vorschlägen nicht ernstlich zu rechnen wäre.

Um die Meerengen.

Einigung ohne Russland?

Lausanne, 20. Dezember.

Die Sitzung über die Meerengenfrage, die unbedingt die leste sein sollte, nahm einen Verlauf, über dessen Bedeutung und Folgen bis jetzt noch keine volle Klarheit in den Kreisen der Konferenz zu bestehen.

Als Erster erklärte Ismet Pascha, daß die Türkei mit den großen Linien des alliierten Projektes einverstanden sei, aber u. a. das Recht auf eine türkische Garnison auf Gallipoli, deren Stärke der Alliierten selbst festsetzen mögen, die Abschaffung der Stationsschiffe, die obligatorische Anmelspflicht der Kriegsschiffe und die Einschränkung der Besuchsräume der Meerengenkommission auf Kontrolle der Schiffahrt fordern müsse; Griechenland solle keinen Vertreter in der Meerengenkommission haben. Allgemeine politische Garantien für die Sicherheit Konstantinopels seien nötig anstatt der in dem alliierten Projekt vorgegebenen Föderationsgarantie; Lemnos und Samothrake müssten autonom werden.

Lord Curzon entgegnete mit Genugtuung darüber, daß die Türken die allgemeinen Linien des alliierten Projektes angenommen haben; ihre Einwände berührten nur ihre Anwendung. Für Gallipoli hätten die Alliierten bereits eine Gendarmerie eingerichtet, die nur keine Artillerie besitze. Hieraus könnten Schwierigkeiten nicht mehr entstehen. Die Stationsschiffe würden nun in der Seestadt Konstantinopel ungefähr die Rolle wie in einer anderen Hauptstadt die Botschafterautomobile. Darüber werde man sich einigen, ebenso über das Vollmachten des Kommissars.

Lausanne, 21. Dezember.

Nach der gestrigen Sitzung über das Meerengenproblem galt das Hauptinteresse der Frage, welche Haltung nunmehr die russische Abordnung einnehmen würde. In den Kreisen der russischen Abordnung bewahrt man große Zurückhaltung über die weiteren Pläne, man warnt jedoch vor dem Optimismus, den heute die Alliierten zur Schau getragen haben, und weist darauf hin, daß die ausgetauschten Komplimente keine Lösung des Meerengenproblems bedeuten. Da die Türken bestimmte Forderungen erhoben haben und Lord Curzon gewisse Anregungen in Aussicht stellte, kann von einer Beendigung der Meerengenberatungen nicht die Rede sein.

Zur Frage eines deutschen Sitzes in der Meerengenkommission, der bekanntlich in dem russischen Meerengenprojekt gefordert wird, gab heute Tschitscherin dem Vertreter von Wolfs Telegraphischen Bureau folgende Erklärung ab: "Wenn man eine internationale Kommission gründet, deren Aufgabe es ist, an der Handelsfahrt in den Meerengen mitzuwirken, so ist es selbstverständlich eine Notwendigkeit, daß auch Deutschland mit seinen großen Handelsinteressen im Schwarzen Meer an dieser Kommission beteiligt ist. Das ist so naheliegend, daß ich mein Erstaunen darüber aus sprechen muß, daß man diesen Vorschlag nicht schon früher gemacht hat. Es liegt in der Tat nicht die geringste Veranlassung dazu vor, Deutschland aus internationalen Körperschaften auszuschließen, die dem allgemeinen Interesse dienen sollen."

Dollar 6600.

Der Wohnungsbau.

(Schluß)

Nach dem Jahre 1871 setzte in Deutschland eine kapitalistische Hochkonjunktur ein, und mit diesem Zeitpunkt beginnt, vom künstlerischen, wie vom Standpunkte der Wohnungskultur, eine unglückliche Bauperiode, die erst um die Jahrhundertwende in gesundere Bahnen geführt wurde. Mit der künstlerischen Seite können wir uns hier nicht weiter befassen, obwohl auch diese Frage eine größere Bedeutung hat als die meisten annehmen. In dieser Zeit kamen wir aber auch immer mehr von der Einzelwohnung ab, zur Mietskasernen. Selbst die großen Wohnungen legte man in die einzelnen Etagen. Das ganze Streben ging dahin, auf möglichst engem Raum recht viele Menschen zusammenzubringen. Manche Leute glaubten, das höchste Haus sei auch das Schönste. So konnte in einer kleinen badischen Amtsstadt eine Bauordnung zu stande kommen, nach welcher an gewissen Plätzen vierstöckig gebaut werden mußte, obwohl sonst das ganze Städtchen nur zweistöckige Häuser aufwies. In einzelnen Großstädten, besonders in Berlin, wurde die Bodenausnutzung auf die höchste Spitze getrieben. Bis zu 70 und 80 Familien gehen zu einer Hospitie hinein. Bis zu 5 und 6 Quer- und Seitenbauten liegen hintereinander. Jeder hat unter und über sich, rechts und links von sich Menschen, mit denen ihn gar nichts verbunden. Der gegenseitige Verkehr wird sogar ängstlich vermieden, weil er erfahrungsgemäß zu Streitigkeiten führt. Dem Volke wurde vorgesetztes, durch diese intensive Ausnützung des Bodens würden die Wohnungen billiger, weil man doch auf diese Art weniger Boden braucht. In Wirklichkeit wurden dadurch nur die Bodenpreise in die Höhe getrieben, und wir hatten in Deutschland Bouplakpreise, wie man sie sonst in keinem anderen Lande kannte. Die Bodenspekulation setzte sich in den Besitz der Bauplätze, schuf sich ein Monopol, und die jämmerlichen Gemeindewahlrechte, die wir in den deutschen Ländern hatten, gaben überall diesen Spekulanten den erforderlichen Einfluss, um die Bauordnungen nach ihrem Sinne zu gestalten. Leider ist ein großer Teil unserer städtischen Bevölkerung so an die Mietskasernen gewöhnt, daß sie den Fluch, der mit der Mietskasernen unser Volk überzogen hat, gar nicht kennen. Für viele Großstadtbewohner ist die Wohnung nur die Schloßstelle, und der Platz, den man so rasch als möglich flieht. Ein ungemeiner Prozentsatz der Wohnungen ist so, daß sich ein wirklich schönes Familienleben gar nicht entwickeln kann. Unbefriedigt von der einen Wohnung, wurde eine andere gesucht und immer wieder umgezogen, ohne das zu finden, was man suchte, weil es eben in der Mietskasernen nicht gefunden werden kann. Unbewußt zieht es den Menschen zur Natur. Der Berliner Arbeiter strebt nach einem Laubengärtchen. Mit großer Mühe versucht er dem Sandboden etwas abzugewinnen. Schon vor dem Kriege schlossen sich Arbeiter und Beamte zu Gartenstadt-Genossenschaften zusammen. Man baute kleine Einfamilienhäuser mit anschließenden Gärten. Diese Häuschen mußten viel Spott über sich ergehen lassen. Und trotzdem haben nur ganz wenige der Gartenstadt wieder den Rücken gekehrt, es waren diejenigen, die glaubten, das Gemüse im Garten wächst ohne Arbeit, dann solche, die auf die sogenannten Vergnügungen der Großstadt nicht verzichten wollten, und schließlich diejenigen, deren Beruf das Wohnen außerhalb der Stadt nicht gestattete.

Die Erfahrungen, die in den Gartenvorstädten vor dem Krieg gesammelt waren, gaben die Veranlassung, nach dem Krieg in erster Linie das Kleinhäuschen zu fördern. Das Einfamilienhaus hat aber heute noch seine Feinde, besonders in den Reihen der Bodenspekulanten; bestärkt werden diese noch durch den Trotz derjenigen, die gedankenlos am Alten lieben. Es wird gesagt, man könnte doch nicht jedem eine Villa in den Garten bauen. Das ist auch nicht notwendig; man kann Reihenhäuser bauen, die kaum höhere Herstellungskosten erfordern, als die Wohnungen in Mietskasernen. Dabei ist natürlich erforderlich, daß richtige Architekten mit der Sache betraut werden. Volkswirtschaftlich betrachtet, sind diese Wohnungen billiger als die anderen. Ein anderer Einwand gegen die einseitige Förderung des Kleinhäuses ist der, daß nicht jedermann in solchen Häuschen wohnen will und kann. Das stimmt; aber Mietskasernen haben wir 50 Jahre lang gebaut, und wenn wir denen, die sich aus der Mietskasernen herausziehen, ein Ideal verwirklichen helfen, dann haben die anderen in den Mietskasernen Platz. Auch der Einwand, daß dazu eine viel zu große Bodenfläche gebaut wird, kann nicht gelten, weil wir nur den leichtsinnigen Teil des landwirtschaftlich genutzten Bodens brauchen würden, um jeder Familie 500 Quadratmeter Platz zu geben. Nun wollen ja nicht alle ein solches Häuschen, und auch die erhalten nicht 5 Ar, sondern im Durchschnitt vielleicht 2,5 Ar Platz.

Arbeiter, Angestellte und Beamte sollten deshalb mithelfen, daß es durch eine richtige Bodenreform möglich wird, allen denen, die es wollen, eine kleine Heimstätte zu geben. Wenn uns die wirtschaftlichen Verhältnisse auch zwingen, sparsam zu bauen, so wollen wir doch so bauen, daß die Bewohner dann glücklich in ihren Wohnungen sein können. Wo die Gärten groß genug angelegt werden können, wird die Kanalisation überflüssig. Die Straßen können in der einfachsten Weise hergestellt werden. Wir haben Beispiele aus den letzten Jahren, wo Genossenschaftsmitglieder zu den größten Opfern bereit waren, um sich einen größeren Garten zu erringen. Eine Stadtverwaltung wollte die Leute auf engerem Raum zusammendrängen, um Strafherstellungsosten zu sparen, da haben sich die Genossenschafter bereit erklärt, die Herstellungsarbeiten selber in ihren Freizeitstunden auszuführen, um einen großen Garten zu erhalten. Diese Art der Selbsthilfe, der täglichen Mitarbeit beim Bauen, wird in Zukunft noch mehr eingesetzt als bis jetzt. Wer eine Wohnung mit Garten will, muß auch bereit sein, das Land zu roden und andere Arbeiten zu leisten.

Poincaré's Rede im Senat.

II. Paris, 22. Dezember.

Der Senat hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in der der ehemalige Präsident Frankreichs zur Sprache kam. Als erster Redner nahm Senator Japy das Wort über die Frage der Wiederaufbau und Entwicklung Deutschlands, so führte er aus, hat uns so gut wie nichts bezahlt und die alliierten Regierungen haben Deutschland gegenüber weder Energie noch eine brauchbare Methode an den Tag gelegt. Es ist überflüssig, so sagte der Redner, das Rechtsgesetz zu bestehen. Es sei keine Deutschland, ohne Erlaubnis der Alliierten Waren auszuführen. Besser ist es, dass Unternehmen in Deutschland eintreten als in Frankreich. Unsere Mithilfe haben mit überwiegender Mehrheit Vertrauen zu Herrn Poincaré. Dieser wird das Vertrauen hoffentlich zu rechtfertigen wissen.

Poincaré, der darauf das Wort ergriff, sagte u. a.: Seit langen Monaten erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht. Der Zahlungsplan, der von der Reparationskommission im Verlaufe der Londoner Konferenz errichtet wurde, ist zu einem toten Buchstaben geworden. Die Naturalisierungen, namentlich die Holzlieferungen, geben nicht vorstatten. Aus schlechtem Willen verbietet sich Deutschland seinen Verpflichtungen. Die Vergangenheit gibt uns keinerlei Sicherheiten für die Zukunft. Wir können Deutschland nicht ohne Übermachung und Konflikte lassen. Wir wollen gern Geduld haben, aber wir können es nicht, weil das kommende Jahr entscheidend für den Wiederaufbau unserer zerstörten Gebiete sein wird, weil wir hundert Milliarden für Deutschland vorsehen haben und weil es schließlich für unsere Finanzen unbedingt notwendig ist, Ressourcen zu finden. Was werden wir tun? Poincaré fragte. Deutschland hätte einen Domänenbesitz in Wäldern und Gruben, die noch dem Versailler Vertrag kein Ende für die Alliierten bilden. Warum nicht diese Gruben und Wälder ausbeuten? Und schließlich gäbe es Zollentnahmen, die allerdings nicht sehr viel versprechen, aber doch nicht zu verachten seien.

Poincaré forderte bei keinen Zustimmungen leichten Rückschluss im Senat. Er verlangte zum Schluss der Aussprache die Annahme einer einfachen Tagesordnung und der Senat nahm diese Tagesordnung durch Handzeichen an.

Wie Mussolini spricht.

Der allgemeine Italiens steht vor! Der regierende Staat steht als Sicherung für seine Machtposition nicht recht zu halten, trotzdem sie stark sozialistisch verfeindet ist. Mussolini beruft nämlich, neben den zentralen italienischen Truppen auch eine Miliz in Höhe von 70000 Mann auf, um bestehen zu lassen und sie unter sein unmittelbares Kommando zu stellen. Die Offiziere sollen durch förmliches Dekret ernannt werden. Mit dieser Absicht verfolgt der faschistische Führer schließlich verschiedene Zwecke: Einmal will er seine Machtposition nicht auf Jahre hinzu festigen, und zum andern erbraucht er seine Käuber und Soldaten zum mindesten, um das innerpolitische Programm durchzuführen. Hier handelt es sich handfestlich um sein Sozialprogramm, dessen Durchführung in der verplanten Art bei den Staatsarbeitern und Angestellten auf Widerstand stößt. Zunächst sollen 4000 bis 5000 Eisenbahner entlassen. Beamtinnen entlassen werden, die Renten will man erheblich erhöhen, und der Nachkündigung soll in ausgetauscht werden, dass der Bereitschaftsdienst nicht mehr als Arbeitszeit anerkannt wird.

Mit dem "Spuren" wird also auf Kosten der Arbeitnehmer besteuert werden. Leider ist die italienische Gewerkschaft der Eisenarbeiter und Angestellten durch die Faschisierung der Kommunisten ausgemerzt und daher gegenwärtig kaum instande, gegen die Faschist-Miliz einzuwirken zu können. Aber die Erfahrung lehrt, dass die Faschisierung die Menschen nicht zusammenbringt und gegen politische Organisationen als Kriegervereinigung fördert. Das muss Mussolini verhindern — und dazu braucht er jetzt und in Zukunft keine Gnade zu sparen.

Abgelehnte Demission des gesamten polnischen Kabinetts.

II. Warschau, 22. Dezember.

Nachdem der neue Staatschef sein Amt angetreten hatte, unterbreitete Ministerpräsident Sikorski die Demission des gesamten Kabinetts. Der Staatspräsident hat diesem jedoch seine Zustimmung nicht erteilt.

Der polnische Faschismus.

SPD. Warschau, 21. Dezember. (Sig. Drähter.)

Die starke Hand der neuen, einzweifelhaft aber auf Grund der Staatsrätewahl formell wieder gültig erklärten Regierung hat auf die Rechtssozialisten ihre Wirkung nicht verfehlt. Der neue Staatspräsident konnte ohne Bedenkenungen des nationalsozialistischen Kreises nach seiner Vereidigung den Weg zum Sarge seines Vorgängers und darüber zum Sarg des Schrebers zu Fuß zurücklegen. Auch die Rechtssozialisten hielten sich allgemein zurück. Dagegen stand General Haller, der als der geistige Urheber der Errichtung des Staatsrätewahlkommunisten angesehen wird, ein geistiges Verfahren gegen keine Unklarheit an. Daß er seine Unklarheit beweisen kann, scheint sehr zweifelhaft. Tatsächlich ist er der Sozialist, der in Polen erst seit weniger Monaten in großer Zahl auftauchenden faschistischen Organisationen. Jetzt wird bestanden, daß er selbst politische Institutionen aufgebaut hat und einen Bund aus demokratischen Organisationen errichtet, der konträr zum Standpunkt des polnischen Großgrundbesitzes stehen sollte. Lassen dieser Vereinigung besteht noch ein anderer Bund, welcher Hoffnungsträger die Erledigung landwirtschaftlicher Streiks mit demokratischer Waffe ist.

Der neue Staatspräsident wird die formell einzweifelhaft Demission des erst seit wenigen Tagen im Amt befindlichen Staatsrates wahrscheinlich ablehnen.

Die ungarische Sozialdemokratie.

Das erste Mal seit 1913 hält die ungarische Sozialdemokratie während der Weihnachtsfeiertage wieder einen Parteitag ab. Durch das Horthy-Regime war wie bisher bejubelt öffentlich zu sagen. Und trotzdem hat die ungarische Partei inzwischen wieder einen erstaunlichen Aufschwung gemacht. Die durch die weißen Borden gerichtigte Organisation blüht wieder auf. Presse und Parteiauslandung leben in gleicher Freiheit. Heute zieht die Partei wieder hunderttausende von Mitgliedern und ist trotz des Schreckenstreiks der Horthy-Regierung in beachtenswerter Stärke im Parlament vertreten. Ihr männlichen ungarischen Genossen einen guten Erfolg ihres Parteitages und für die Zukunft weiteren Erfolge.

Der Parteipräsidium hat den Generals Ibold Strauß als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu dem Parteitag der ungarischen Genossen delegiert.

Der Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung.

II. Berlin, 22. Dezember.

Der Zeitgeist hält gestern eben eine Sitzung ab. Die Regierung wird auf der Tagessitzung der Haushaltsspitzen für das Jahr 1923. Seine Gesamtbudget für das Jahr 1923 teilt

der Referent aus, das dieser nur ein unvollkommenes Bild der voraussichtlichen Finanzwirtschaft im Jahre 1923 darstelle, was beim ständigen Schwanken des Kurswertes der Mark nur natürlich sei. Der Gesamtanleihebedarf des Reiches für 1923 beläuft sich auf 721,6 Milliarden Mark, wovon 99,6 Milliarden Mark durch Zwangsausleihe bedient werden, während der Restbetrag von 622 Milliarden angelebt bleibt. Die Postverwaltung verlange im Ganzen 168,1 Milliarden Mark Zuschuss aus allgemeinen Reichsmitteln gegenüber 71,06 Milliarden Mark im Vorjahr. Der ordentliche Haushalt der Eisenbahnenverwaltung hält sich mit dem gewaltigen Betrage von nahezu 1½ Billionen Mark das Gleichgewicht gegen 581,5 Milliarden Mark im Vorjahr, trotz unzureichender Verleihesicherung im Personen- und Gepäckverkehr von 5 Prozent, im Güterverkehr von 4 Prozent gegen das Vorjahr. Ungehörig sind die Kosten der Belebung des Rheinlandes und andere viele Anforderungen. Der gesamte Ausgabenbedarf des Reichshaushaltshabtes der allgemeinen Reichsverwaltung überschreitet zum ersten Male eine Million Mark.

Polen auf dem ostpreußischen Weichselufer.

Bei der deutschen Regierung ist die Note der Botschafterkonferenz eingetroffen, die die zwischen Deutschland und Polen umstrittene Weichselfrage regelt. Nach der jetzt getroffenen Entscheidung wird die polnische Regierung ermächtigt, den ihr zugesprochenen Streifen auf dem rechten Weichselufer am 20. Dezember zu besetzen. Es handelt sich bekanntlich hierbei um einen 50 Meter breiten Dammabschnittstreifen, der sich auf dem rechten Weichselufer in der Provinz Ostpreußen südlich von Marienwerder erstreckt und auf den Polen Anspruch erhoben hat. Die fünf Weichseldörfer auf dem rechten Ufer, die ebenfalls umstritten waren, sind schon seit längerer Zeit von den Polen besetzt gewesen.

Das Erwerbslosenelend.

Die Hungerunterstützungen!

SPD. Der Reichsrat lehnte in seiner Donnerstagssitzung die Beschwerde Sachsen gegen die vom Reichstag kurzlich beschlossene Änderung des Einkommensteuer-Gesetzes ab und stellte sich auf den Boden der Reichstagsbeschlüsse. Besonders wurde das Geleg über die Arbeitslosenversicherung und die Änderung des Schwerbeschädigten-Gesetzes in der Regierungsoffnung. Beide Gesetzentwürfe sind der Öffentlichkeit bereits bekannt.

Ferner wurden folgende täglichen Unterstützungsätze für die Erwerbslosen beschlossen, die im wesentlichen dem Antrage der sozialistischen Regierung und dem Verlangen der Sozialdemokratie entsprechen.

	A	B	C	DE
Für männl. Erwerbslose über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	360 M.	335 M.	280 M.	250 M.
Für männl. Erwerbslose, sofern sie im Haushalt eines andern leben	250	225	200	175
Für männl. Erwerbslose unter 21 Jahren, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	125	115	100	85
Für weibl. Erwerbslose über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	275	250	225	200

Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, ermäßigen sich die Sätze im Vergleich zu den männlichen Erwerbslosen in jeder Klasse um Mk. 75.—

Gegen die Not der Presse.

Der Wirtschaftsminister Inselius des Reichswirtschaftsrates bestätigte am 20. Dezember mit dem Gesetzesentwurf zur Entlastung des Geleis über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Die Abschaffung von Holzabfällen der zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken bestimmt soll von ½ Proz. auf 1½ Proz. erhöht werden. Zur Begründung führt ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aus, daß sich die Lage der Presse in der letzten Zeit wesentlich verschlechtert habe. Die Entwicklung sei hauptsächlich durch das Exportvolumen der Tonnerreste von 19,50 M. im Juli auf 405 M. pro Kilo im Dezember beeinflusst worden. Bei der neuen Erhöhung soll mit einem jährlichen Ertrag von 13,5 Millionen Mark gerechnet werden, was bei Berücksichtigung des Ertrages der Zustandsabgabe monatlich 1275 Millionen für Rückzahlungen an die Zeitungen zur Verfügung stehen. Bei einem Verlust von 15 Millionen Kilo Druckpapier im Monat entfallen demnach auf das Kilo Druckpapier 85 M. (bisher 35 M.) Rückzahlung.

Die Arbeitgeber der Forstwirtschaft erheben gegen diese Belastung Einspruch, während die Arbeitnehmervertreter unter Hinweis auf die unzureichende Preisförderung des Holzes eine Erhöhung auf 3 Proz. der Abschaffung fordern. Das wurde abgelehnt. Stattdessen fand ein Dr. Otto Bernhard, der fordert, daß die Rückzahlungssatz bis zu 5 Proz. der im gegebenen Betrage abweichen und den in Betracht kommenden Verbänden die Unterstützung der durch die Not der Presse prellenlos gewordenen Arbeitnehmer, Arbeitstellen aber Redakteure zur Verhinderung zu helfen. Diese Gefahr sollen insbesondere auch vermieden werden, um hellerlos gewordenen Redakteuren den Übergang zu einem anderen Beruf zu erleichtern. Es ist gegen 5 Stimmen wurde der Entwurf mit dem Antrag Bernhard angenommen.

Dieses Gesetz legt zur Regelung eine zweite Verordnung zur Zuständigkeitsgrenzen des Geleis über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vor. In einem neuen § 16 a wird bestimmt, daß die Maßnahmen übernommen werden kann, wenn 1. der geforderte Beitrag durch Verhältnisse des Verlegers zu hoch ist oder 2. der Verleger die ihm nach § 16 obliegenden Pflichten verletzt, oder 3. seines unzureichenden Werthauses verurteilt wird, oder 4. verbotenes Druckpapier zu anderen Zwecken verwendet, insbesondere verdeckt. In dieser Formulation fand ein Antrag Bernhard statt, die Maßnahmen auch dann abzuwenden, wenn der Verleger die tatsächlichen Verhältnisse gegen seine Rechte, Tugendes und journalistischen Mitarbeiter nicht erfüllt. Ein einschlägiger Entwurf Bernhard erfordert die Unterzeichnungsberechtigten aus für die offiziellen Organe der allgemeinen und lokalen Pressevertretungen. Soweit es nicht aus Tatsachen oder anderen Quellen ihre Selbstlosten ist. Die so erfaßte Presse wird gegen die Eltern der Schreiber der Zeitungen verurteilt.

Die Bühne für Passau und Ingolstadt.

In der Note, mit der die Botschafterkonferenz am Mittwoch die Note der Regierung Cuno über die Zwischenfälle von Stettin und Ingolstadt beantwortet hat, nimmt sie die Zahlung von einer Million Goldmark durch die deutsche Regierung an Stelle der Städte Passau und Ingolstadt zur Kenntnis. Die Entschuldigung der deutschen Regierung will, unter der Bedingung, dass sie im Namen der Reichsregierung sowie der bayerischen Regierung und der Ortsbefehlshaber der beiden bayerischen Städte ausgesprochen wird und dass der Wortlaut der Entschuldigung in der Presse veröffentlicht wird.

Die Botschafter-Konferenz hat, um völlige Genugtuung von den drei Städten zu erhalten, die Interalliierte Militärkommission beauftragt, von der deutschen Regierung folgendes zu verlangen: Auskunft, wohin die an dem Zwischenfall von Stettin verantwortlichen Polizeibeamten sowie die Verbindungssoziets verletzt worden sind; außerdem eine Verhörführung der Beamten der Polizei. Ferner Überprüfung des Bürgermeisters von Passau, der auf Grund seines Unterganges die Leitung der Polizei ausübt; Mitteilung, welche Verwendung der heiteren Befehle erhobene Bataillonsführer von Passau gefunden hat. Schließlich Überprüfung des mit der Leitung der Polizei der Stadt Ingolstadt betrauten Beamten und Pensionierung des Kommandanten der Munitionsanstalt.

Bis zur Stunde liegt eine Auskunft der Regierung zu den neuen Forderungen der Botschafterkonferenz noch nicht vor. Unseres Erachtens versteht es sich von selbst, dass die Entschuldigung der deutschen Reichsregierung auch im Namen der bayerischen Regierung und der Städte Passau und Ingolstadt erfolgt. Was die Veröffentlichung dieser Entschuldigung betrifft, so kann sie nur im Interesse der Presse erfolgen, da der Reichsregierung kein Mittel zusteht, von der deutschen Presse die Veröffentlichung drohend einer Mitteilung zu erwarten. Die Forderung auf Verhörführung der Bürgermeister von Passau und Ingolstadt als Leiter der Polizeibehörde ist, ganz absehbar davon, dass weder der Reichsregierung noch der bayerischen Regierung ein verfassungsmäßiges Recht auf eine solche Überprüfung zusteht, deshalb unbillig, weil die Polizeibehörden in Passau und in Ingolstadt nicht in Kenntnis gebracht waren von dem Besuch der Militärkontrollkommissionen, infolgedessen also auch gar nicht in der Lage waren, Maßnahmen zu treffen, um die Verstüppungen der Kontrollbeamten zu verhindern.

Das Geld der Nationalsozialisten.

SPD. München, 21. Dezember. (Sig. Drähter.)

Auf die von uns bereits berichteten Anträge der Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz an Dr. Kuhlo, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Industriellen-Verbandes, sind bis heute Antworten nicht eingegangen. Die genannte Korrespondenz erklärt nun:

Wir stellen dieses Schreiben, das eine deutlichere Antwort ist als sie die laufende Erwiderung hätte geben können, ausdrücklich vor aller Öffentlichkeit fest. Um über keinen Zweifel auskommen zu lassen und um Herrn Dr. Kuhlo nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, erklären wir auf das folgende: Es ist so, wie wir in unseren Fragen angekündigt haben. Herr Dr. Kuhlo hat neben einigen anderen prominenten Mitgliedern des Bayerischen Industriellen-Verbandes Herrn Hitler sehr nachdrückliche Summen zur Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei ovgesehen. Herr Dr. Kuhlo hat in den Kreisen des Industriellen-Verbandes Gelder für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei geworben. Herr Dr. Kuhlo hat mit Hitler persönlich verhandelt, um die Nationalsozialisten als Schutzkreise für gewisse Unternehmenskreise zu gewinnen. Das sind Tatsachen, die nicht widerlegt werden können und für die Zeugen von absoluter Zuverlässigkeit zur Verfügung stehen. Wir verstehen daher, wenn Herr Dr. Kuhlo auch nicht einmal den Verzug einer Widerlegung macht. Im übrigen eröffnen diese Bekanntstellungen keineswegs unser ganzes Wissen über die Beziehungen zwischen Industriellen-Verband bzw. Herrn Dr. Kuhlo und den Nationalsozialisten. Wir begüßen uns heute nur mit der Feststellung, dass schon der Vorsteher des Herrn Dr. Kuhlo, Herr Roell, Hauptleiter der Filiale der Deutschen Bank in Würzburg, die Beziehungen zu den Nationalsozialisten aufgenommen und sehr viel, sagen wir, finanzielles Verständnis für die Ideen und Pläne des Herrn Hitler gezeigt hat. Herr Dr. Kuhlo hat diese Beziehungen noch weiter ausgebaut und System in die Sache gebracht, besonders die Frage der finanziellen Unterstützungen in großzügiger Weise organisiert. Wir wollen Herrn Dr. Kuhlo in diesem Zusammenhang nur an gewisse vertrauliche Runden an die Mitglieder des Industriellen-Verbandes erinnern. Wir hoffen, es wird uns vergeben. Sollte das nicht der Fall sein, so sind wir zu näherer Auskunft gern bereit. Herr Dr. Kuhlo wird dann noch mehrere Fragen zu hören bekommen, die ihm die Antwort sicherlich nicht leicht sein wird, wie auf unsere oben angeführten bis heute von ihm unbeantwortet gebliebenen Bekanntstellungen.

Die "Münchener Post" bemerkte zu diesen Ausführungen: Dürfen wir vielleicht hier etwas nachholen und an den Schreinern des Herrn Dr. Kuhlo, Herrn Geh. Kommerzienrat Osi, die Fragen richten, ob ihm bekannt ist, weshalb in der letzten Zeit keine Bemühungen, weitere industrielle Gruppen zum Anschluss an seinen Verband zu bewegen, ergebnislos blieben? Ist ihm bekannt, dass dieser Anschluss sogar mit der Begründung abgelehnt wurde, dass die Mittel des Industriellen-Verbandes in "unfaulere Kanäle" fließen? Wenn die öffentlich angefragten Persönlichkeiten noch weiterhin in ihrem Schweigen zu verharren gedenken, so behalten wir uns vor, nähere Einzelheiten über diese Vorgänge zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Bemerkenswert ist, dass die gesamte Münchener bürgerliche Presse bisher von der Angelegenheit noch nicht die geringste Notiz genommen hat.

Ein neuer Fall Drange.

Mainz, 20. Dezember.

Das französische Kriegsgericht verurteilte in geheimer Verhandlung den Kriminalist Franz Berthold von der Politischen Abteilung Ia des Polizeipräsidiums Berlin zu 1½ Jahren Gefängnis und den Kriminaloberwachtmeister Franz Schönchen zu 2 Jahren Gefängnis wegen Spionageversuches, weil sie an eine fremde (!), nicht an der Rheinlandbefreiung teilnehmende Macht Nachrichten zu übermitteln versuchten, die geeignet gewesen sein sollen, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Berthold wurde im September d. J. von der französischen Geheimpolizei in Düsseldorf als "spionagedenkig" festgenommen. Aus seinen Briefen schaffte sich Kuhlo auf eine Zusammenarbeit mit dem Kriminalwachtmeister Schönchen in Köln. Zur Verhandlung waren als Entlastungszeugen der Polizeipräsident von Köln und Regierungsrat Albrecht geladen. Verteidigten waren französische Rechtsanwälte, die als Unterroffiziere auf deutschem Boden dienen.

Der Staatsanwalt in Schwerin hat jetzt gegen den Lieutenant Kochbach die Anklage wegen Fahnenflucht erhoben. Es handelt sich bekanntlich um den Übertritt der Kochbach-Kruppe ins Baltikum im Jahre 1919. Endlich

Scharfmacher am Werk.

Kennzeichnend für die politische Lage ist die Betriebsfeindschaft mit der die reaktionäre Presse die Regierung Cuno zu belästigen bemüht ist, daß sie Frontstellung gegen die Arbeiterorganisationen nimmt. Die Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter im Reichsfinanzministerium für die zweite Dezemberhälfte eine abnormalen Zeuerungszulage gefordert haben, veranlaßt den „Local-Anzeiger“ zu einer großen Scharfmacheraktion. Er behauptet, „von gut unterrichteter Seite“ erfahren zu haben, daß eine Krisensituation, ähnlich der im Dezember des Vorjahrs, wieder vorhanden sei, und daß man in Staatsarbeiterversammungen besonders heftige Töne anschlage:

Nach der Auffassung unseres Gewährsmannes gewinne es den Anschein, daß hier bewußt gegen das jetzige Reichskabinett gearbeitet werde, zumal in einer Berliner Eisenbahnerversammlung ein Sprecher erfüllt habe, solange Sozialisten in der Regierung seien, wäre das Verhandlungsergebnis erträglich gewesen, das jetzige bürgerliche Kabinett aber sei unerträglich. Diese Kreise rechnen damit, daß um Mitte Januar die wirtschaftlichen Verhältnisse den Boden für eine große Inflation reif machen werden, zumal neben der Brotpreiserhöhung mit einem wesentlichen Ansteigen der Kohlenpreise auf Grund der Bergarbeiterforderungen gerechnet wird, und die Staatsarbeiter sollen ihnen jetzt Vorspann für durelle politische Geschäfte leisten.

Diese mehr als dunklen Andeutungen benutzt der „Local-Anzeiger“ zu einer Mahnung an Cuno, die Staatsautorität zu wahren. Das Unheil könne, wenn überhaupt, nicht durch Nachgeben der Larven, sondern nur durch unverbrüchliches Festhalten an den Staatsnotwendigkeiten beschworen werden.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß die ganzen, angrifflich von gut unterrichteter Seite stammenden Behauptungen des Scherl-Blattes lediglich Hirngespinst sind, die deswegen nicht angenommen werden, weil sie einem bestimmten charakteristischen Zweck dienen sollen.

Pommerscher Landbund und Republik.

Ein Sekretär des Bundes vor dem Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik trat am Mittwoch zu seiner leichten öffentlichen Sitzung in diesem Jahre zusammen, um einige kleinere Fälle wegen Beleidigung der Regierung und der republikanischen Staatsform zu verhandeln. Zuerst hatte sich der Sekretär des Pommerschen Landbundes Becker in Bubes zu verantworten, der beschuldigt war, in einer öffentlichen Versammlung im Juni dieses Jahres von den Schieber-Republik und von Schieber-Juden gesprochen zu haben, die an ihrer Spitze stehen. Während der Angeklagte behauptete, es habe sich um nicht von ihm herührende Zwischenrufe gehandelt, hieß der Gerichtshof wiederholte Beleidigung für erwiesen und verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Reichsanwalts zu 10 Tagen Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe.

Ausschreitungen gegen Ausländer.

Der Berliner Vertreter des „Corriere d'Italia“, Luigi Morandi, teilt in einer Befehl an das „Berliner Tageblatt“ mit, daß er am letzten Sonnabend im Schalterraum des Postamtes in der Linienstraße von einem Marine aus dem Publikum angepöbelt und mit Prügel bedroht worden sei. Auf seinen Wunsch sei der Betreffende festgekettet worden als ein Strafverbrecher aus der Schöneberger Straße. Während der Polizeibeamte den Namen notierte, hämerte Umstehende auf die Ausländer geschimpft und verlangt, daß man sie „verhaue und rauhköpfe“, wenn nicht zur Tötung. Das angekommene Publikum hätte ihn und seine Begleiterin mit Beleidigungen überhäuft und mit den Fäusten bedroht. Morandi schließt:

„Ich glaube, hier meinem journalistischen Berufe auf ehrliche Weise nachzugehen und betrachte es als meine Mission, in Italien bekannt zu machen, was Deutschland denkt, führt und lebt. Aber ein anständiger Mensch sollte ein Unrecht darauf haben, vor Beleidigungen und Drohungen geschützt zu werden, auch wenn er Ausländer ist. Ich begreife durchaus den deutschen Stolz und bewundern ihn; aber jedes Haßgefühl muß zum Schaden Deutschlands ausschlagen, das doch so sehr Freunde nötig hat und Vertrauen im Auslande, um sich aus dem Elend und der Verzweiflung herauszuwerken.“

Spättinghof.

Roman von Kurt von der Geyer.

48. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

18.

Jan führte seit Tines Fortgang ein stilles Leben auf Spättinghof. Neuerlich merkte man ihm wenig von der Gemütsbewegung an, die sein Inneres erfüllte; er ging ruhig seinen Weg und seine Arbeit nach. Die Nachbarsleute und Mägden wußten nicht anders, als daß Tine auf einie Zeit zu ihrer Mutter gereist sei. Jan vermied es auch noch Möglichkeit, mit anderen Leuten zusammenzukommen; er zog sich von allen zurück.

Gern hätte er einmal von Frauke ein Wort des Trostes oder Rades gehört, aber das junge Mädchen war ganzlich von ihren jünglichen Pflichten in Anspruch genommen. Ihre Mutter, die schon lange an einem Magenkreb knüpfte, lag im Sterben, ein Sterben ohne Hoffnung, ein Warten auf den Tod. Tage voll Arbeit, Nächte voll Sorge folgten für Frauke.

Endlich kam der Tod. Das Begräbnis folgte. Dann folgte die Pensionierung ihres Vaters und die Übersiedelung in eine letztere Wohnung, in welcher Frauke fortan mit ihrem Vater wohnen sollte. Es vergingen viele Wochen, ehe Jan mit Frauke ein einem ruhigen Zwiesprach kam.

Inzwischen hatte sich das Gerücht im Dorfe verbreitet, daß eine nach Amerika gegangen war.

Die Frau Lehnsmann Bartels hatte es mit vieler Mühe und unter Zuhilfenahme ihrer ganzen weiblichen List aus ihrem Mann herausgebracht, was Tine an jenem Nachmittage von ihm gewollt hatte.

Unter dem Siegel der Verschwiegenheit pflanzte sich das Gerücht anfangs weiter. Dann bedurfte es des Siegels nicht mehr. Die Weiber erzählten sich am Straßenhof, den Wassermesser in der Hand. Es war das Gespräch in der Bachtube und an der Lohnbank des Kruges.

„Weißt du schon, Nachne, und weißt Ihr, Nachne. Tine Thommen ist nach Amerika ausgerückt.“

„Mit wem denn.“

„Ganz allein.“

„Ganz allein?“ Das ist ja schnatsch!“

„Ja, sie war immer ein bisschen düsig im Kopf.“

„Ja, daß sie so was machen würde, hab' ich mir immer gesagt.“

„Durchib' ißt war sie, sie sprach kein Sterbenswort, wenn sie einem auf der Straße begegnete.“

Wir können uns dieser Meinung des Herrn Morandi durchaus anschließen. Sinnlose Ergeisse gegen einzelne Ausländer bestimmen weder die Lage Deutschlands im allgemeinen, noch die der einzelnen Bevölkerungsgruppen. Unsere Parteigenossen sind auch so politisch gelöst, daß sie diese nationalistische Hecke nicht mitmachen. Das bin ich sie indessen nicht, bei aller Rücksichtnahme auf einzelne Persönlichkeiten, doch die Unberücksichtigung Deutschlands durch ausländische Schiebe mit sehr großer Sorge zu betrachten. Sie müssen es sicher für richtig halten, wenn durch die deutschen Gesellschaften im Auslande eine solche Kontrolle nach der Richtung vorgenommen würde, daß nur reiseleerausige nur solchen Personen gewährt wird, die einen wirklich wichtigen Zweck ihrer Reise nach Deutschland nachweisen können.

Eine Riesenblamage.

Das „Koburger Volksblatt“ berichtet am 18. Dezember: „Die ungeheure Erbitterung des weitauß grössten Teiles der bürgerlichen Bevölkerung über die reaktionären Machenschaften in der britischen „Gouvernanz“ des Unterrichtsweiterbildungskreises über die, man möchte hinzufügen, passive Resistenz bei der Durchführung des Anschluß-Staatsvertrages haben zu einer sichtbaren und von allen Rennern dieses Stimungsunterschlags vorausgehenden Misstrauensstimmung gegen die bayrische Regierung geführt.“

Am gestrigen Sonntag fand im Koburger Bezirk eine Unterschriftenammlung zwecks Zustellung der Abstimmung über die Lösung des Koburger Gebietes von Bayern statt. Sie, sowohl wie bis jetzt in Erwägung bringen konnten, trotz der Unvollständigkeit der Durchführung die erforderliche Unterschriftenzahl erreich und mühsellos erbracht.

Die Riesenblamage für die bayrische Staatsregierung und bürgerliche bayrische Regierungskunst, die in diesem elementaren Ausbruch eines entlaufenen Volksteiles liegt, hätte leicht vermieden werden können, wenn man auch auf die sozialdemokratischen Warnungen und Vorläufe gehört hätte. So hat man aber ganz im Stile altpreußischer Kolonisationspolitik, stelle früheres Reichsland, den neuvernommenen Landesteil „verwaltet“, hat Situationen herausbeschworen, wie den 3. September 1921 (Aufführung) und Uebertret der Hitler-Gehilfen am heutigen „Deutschen Tag“, und der Rest ist — das 2½ Jahre dieses Naziregimeskunst einen auftriebsfreudigen, anstinklichsteckten Volksteil ins Gegenteil zu bekehren vermöchten. Das ist das Fazit, das aus der gestrigen Loslösungskktion gezogen werden muß.“

Die „Fränkische Tagespost“ berichtet dazu, daß 14 000 Unterschriften gesammelt wurden, womit die erforderliche Anzahl weit überschritten wäre. Auch dieser Beweis ist nur ein erneuter Beweis dafür, daß die nationalsozialistischen Verüche, in etwas wie einen Faschismus zu entstehen, in Deutschland überall scheitern.

Gouver bei Helfferich.

Oder: Wo wird Politik gemacht?

Die „Münchner-Augsburger Abendzeitung“ des Herrn Traub läßt sich aus Berlin einen Brief schreiben, der mit folgenden Worten beginnt:

„Politik wird nicht nur im Reichstag gemacht; da vielleicht sogar am wenigsten. Da sieht man jüngst tagelang, daß die wenigen Kommunisten, während die Zuhörer verschwinden, lange Reden halten, auf die kaum ein Mensch antwortet. Man könnte das Parlament ruhig mit Arbeitslosenunterstützung heimsuchen. Über außerhalb des Hauses wird Sicherlich heute mehr denn je Politik gemacht. Wenn Cuno und Beder, dazu Stimms und Hergt einer Einladung Helfferichs folgen und in dessen Heim den Abend verbringen, sprechen sie vermutlich von ernsteren Dingen. Es scheint, daß Cuno langsam anfängt, sich wenigstens äußerlich durchzusehen.“

Uns scheint es uns nicht die Aufgabe der Presse, den Privatverkehr leitender Staatsmänner auszukundschaften. Wenn jedoch Journalisten der äußersten Rechten der Welt die Neugier verfüllen, daß die Politik des Reiches werde nicht mehr im Reichstag gemacht, sondern bei Abendessen im Hause Helfferichs, so ist das immerhin ein Vorgang von symptomatischer Bedeutung, der auch hier registriert zu werden verdient.

Die sozialdemokratischen Feststellungen, daß die Regierung zwar sehr eifrig mit Unternehmern und Arbeitgebern verhandelt, es aber anscheinend als überflüssig betrachtet, die Ausschüsse der berufenen Vertreter der Arbeiter kennenzulernen, sind

den Herren in der Wilhelmstraße offenbar etwas auf die Nerven gefallen. Die volksparteiische „Zeit“ erklärt, diese Kritik sei „sicherlich ganz unberechtigt und deshalb doppelt unfreundlich“. Und das „Berliner Tageblatt“ läßt sich von „unterrichteter Seite“ melden, daß die Reichsregierung „auch mit den Gewerkschaften Fühlung genommen“ habe. Demgegenüber betont der „Vorwärts“, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bis Dienstag mittag weder eine Einladung erhalten noch eine Befreiung mit der Regierung geführt hat.

Unterstützung von Lehrlingen im Baugewerbe.

Amtlich wird uns geschrieben:

Die Regierungen der Länder haben sich in der Mehrzahl bereits erklärt, sich an den Maßnahmen des Reiches zur Förderung der Lehrlingshaftung im Baugewerbe durch eigene Zuflüsse zu beteiligen und auch den Gemeinden entsprechende Beteiligung zu empfehlen.

Die Beihilfen kommen zur Unterstützung von Jugendlichen in Betracht, die als Lehrlinge in das Baugewerbe eintreten. Es sind nur solche Jugendliche zu berücksichtigen, deren finanzielle Notlage eine Unterstützung notwendig macht. Anträge auf die Gewährung von Beihilfen sind an die örtliche öffentliche Beratungskommission (Berufsaamt), wo eine solche nicht vorhanden ist, an den öffentlichen Arbeitsnachweis zu richten. Der Beitrag für die Beihilfe soll in der Regel 1500 Mk. aus Reichsmitteln für den Einzelfall nicht übersteigen; soweit sich die Landesregierungen und die Gemeinden an den Unterstützungsmaßnahmen beteiligen, kann sich dieser Betrag auf insgesamt 3000 Mk. erhöhen. Die Beihilfen sind gedacht als Zuflüsse zur Beschaffung von Arbeitsgerät, zur Beschaffung von Arbeitskleidung, zu den Kosten des Lebensunterhalts des Lehrlings, zu den Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle und als Beiträge für die Unterbringung in Lehrlingsheimen. Beihilfen an Lehrmeister kommen nicht in Betracht. Die Landesberätsämler sind angewiesen, bei der Prüfung der Anträge und bei der Gewährung der Beihilfen in enger Zusammenarbeit mit den Handwerkern und Baugewerksinnungen vorzugehen.

Spieldwirtschaft.

Butternotierung.

Hamburg, 22. Dezember.

Butter- und Milchpreis unverändert. Auf Grund der Beibehaltung der Notierung der Vorwoche von 1850 Mk. durch die Notierungskommission hat auch die Notierungskommission des Vereins der Flettwaren- und Delikatesse-Händler den bisherigen Ladenpreis von 1800 Mark für allerfeindste Meiereibutter beibehalten. Erfolgedessen wurde auch der Milchpreis nicht geändert.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

21. Dezember. 20. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	2688.31	2468.86
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	458.85	456.35
Kristiania	1 Kr.	1271.81	1266.82
Kopenhagen	1 Kr.	1376.55	1346.62
Stockholm	1 Kr.	1805.47	1770.56
Helsingfors	1 finn. Mk.	167.08	165.55
Rom	1 Lire	341.64	339.15
London	1 £	31022.25	30428.75
New York	1 Doll.	6733.12	6670.78
Paris	1 Frs.	501.24	498.75
Zürich	1 Kr.	1271.85	1269.31
Madrid	1 Pesetas	1057.35	1047.37
Wien	100 Kr.	9.62	9.47
Prag	1 Kr.	199.50	201.49
Budapest	100 Kr.	2.94	2.79

Gie husten nun schon Wochenlang

und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Fagolot-Extrakt durch Aufklopfen mit 1/4 Pfd. Zucker u. 1/4 l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Echter Fagolot-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Sie gingen in die Wohnstube, wärmeten ihre Hände an der roten Tropfplatte und lehnen sich dabei an und lachten. Dann plötzlich sprach er: „Frauke, was hast du wohl von mir gedacht?“

Sie sah ihn liebevoll und traurig zugleich an. „Du weißt ja, wie ich von dir denke.“

„Ich, Frauke, du denkst viel zu gut von mir; wenn ich dir doch alles erzählen könnte!“

Sie schob ihm mit anmutiger, hausfraulicher Gebärde den Körbchenstuhl des Vaters hin. „Komm, setze dich in den Sorgestuhl und erzähl.“

Sie saßen sie einander gegenüber. Jan fing an zu erzählen. die Dämmerung wob dichte, graue Schleier um sie, die nur ab und zu ein wenig erhellt wurden, wenn im Osten einige Funken aufzuhören.

Es erzählte sich gut und leicht in der stillen Dämmerstunde, und Frauke hörte still, ohne ihn zu unterbrechen, zu. Endlich schwieg Jan; er war zu Ende. Nun wartete er auf eine Antwort von ihr.

„Konntest du denn gar nicht nach ihr fragen und forschen lassen?“

„Ich habe nicht daran gedacht“, gestand Jan. „Wen hätte ich auch fragen sollen?“

„Wen du es in die Zeitung legen liebst, in die Südfuner oder Thekoer — nein, das nützt nichts — in eine Hamburger Zeitung?“

„Ich möchte die Sache nicht gern an die große Glocke hängen, und Amerika ist weit.“

„Ich hätte die diesen Entschluß nicht zugeiraut“, meinte Frauke, „er zeugt von Grosszügigkeit.“

Jan seufzte. „Ja, sie war von Herzen gut; sie wußte es nur nicht von sich zu geben. Sie hatte zu wenig gelernt und war auch zu schüchtern.“

„Sie verstandet euch nicht, das wars!“

Die Tür knarrte. Ganz leise tat sie sich auf. Tiede Schoof ergriff auf der Schwelle und fragte in leierendem Ton, ob Frauke noch etwas zu holen hätte. Als Frauke verneinte, schloß sich die Tür wieder.

Frauke war aufgestanden. Sie zündete eine Lampe an und ließ die Rouleau herunter. Jan stand auch auf; er rieb sich ein wenig. Ihm war es, als wäre eine Last von ihm genommen; er fühlte sich freier und fröhlicher wie seit langer Zeit.

„Ich habe zu Hause viel Vergn.“, sagte er, „die Deerns können sich nicht vertragen.“

„Nimm eine Haushälterin“, riet Frauke, „und nur für die großen Arbeiten ein Mädchen. Du brauchst dann nicht so viel aufzupassen und fühlst dich auch nicht so einsam.“

Fortsetzung folgt

1. Beilage.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 22. Dezember.

Sonnewendfeier.

Fröhliche Tage umschleichen dein Haus.
Zahlreiche Dämmerung holt auf den Gassen.
Seele will in die Weite hinaus;
Seile will leuchtende Fernen umfassen.
Wolken lasten auf Dom und Haupt,
Fenster starren blind und verstaubt,
Leichtes Licht, ist's verglossen?
Seile hat einen Ruf vernommen:
Sonne will wieder kommen.

Sorge umkreist deinen bangen Schritt,
Tot umkringst dich aus drohenden Ecken,
Hand, die magere Brote schüttet,
Will verzagt vor sich selber erschrecken.
Erde buntet und Teller leer.
Augen irren lustig umher.
Brüchen die Wölfe nicht?

Seile hört heimliche Rieder:

Sonne kommt wieder.

Künster dehnt sich die müternde Nacht,
Stiller wirkt deins Lebens Rette,
Krone Gleyzester halten die Wacht;
Schmeidend stehen sie um dein Bett.
Rüttler Altem kreist dir die Stufen,
Träume höhnen und hören im Hirn
Bis zum Morgen, dem bleichen.
Seile hörst Wunder und Zeichen:
Sonne wird dich erreichen.

Seile bliebt in die Weite hinaus,
Nicht aus den düsteren Stunden.
Seile ist hinter den Wolken zu Hause,
Wo die blauen Himmel sich runden.
Sterne tanzen durchs nächtliche All,
Aufwärts wandelt der glühende Ball,
Strahlend ins Dunkel zu reisen.
Seile jauchzt ihre Leisen
Hoffenden Weihnachtsweisen.

Erich Preysing.

Arbeiter, lernt hinken!

Ein Gewerkschaftsführer macht in der „Rheinischen Zeitung“ folgende beherzigenswerte Ausführungen:
Studentenlos haben sich die Mitglieder der Verhandlungskommission mit den Arbeitgebern herumgetritten über die Löhne für den kommenden Monat. Aber mit ohne jede Verantwortung wurde in der Begründung der Lohnforderung die mehr und mehr steigende wirtschaftliche Vereinigung der Arbeiterschaft geschliefert. Fast war anzunehmen, daß überhaupt keine Gegenargumente angeführt werden könnten gegen das voraearbrachte einwandfreie Material. Aber es kommt, wie immer bei derartigen Verhandlungen, anders. Ausgerüstet mit sechzehn zusammengestelltem Zahlenmaterial, mit dem sich bekanntlich alles beweisen läßt, stellen die Arbeitgeber Behauptungen auf, daß die Arbeitnehmer die Lohnhöhe der Vorkriegsjahre bereits erreicht und sogar noch überschritten haben, daß die Teuerung nicht so weit vorgeschritten sei, wie von den Arbeitvertretern geschildert wurde, daß die Löhne der jugendlichen Arbeiter viel zu hoch sind usw. Da befällt den einzelnen Verhandlungsteilnehmer oft ein recht bitteres Empfinden und oft erwacht in ihm der Wunsch: Könnte doch jeder Arbeiter wenigstens einmal an einer solchen Verhandlung teilnehmen, sein Interesse für die Arbeiterbewegung würde dann sicher ein besseres werden! Nun sind wir auf dem Heimweg, abgespannt und unbestreitbar. Durch die Gangspforte des Bahnhofs strömt ein unterbrochener Zug von Arbeitern aus allen möglichen Industrien. Viele von ihnen eilen nach den Zeitungsverkaufsständen und kaufen sich eine Zeitung. Aber welche Zeitung kaufst denn eigentlich dort der abgefunktete Proletarier?

Blitzartige Pressezeugnisse, das ist die peitschende Kost vieler Arbeiter, für deren Löhne wir vorher gesäumt, deren schlechte Lebenshaltung wir vorhin geschädigt haben. Sie kaufen die unternehmerischen Zeitungen und lesen während der Fahrt, wie ihre Führer beschimpft werden, lesen, daß der Arbeitstag allein die Schulden der Teuerung trägt, lesen das Märchen von der erbolschten Front, lesen, daß die hohen Löhne schuld an der Marktentwertung sind, lesen, wie die Unternehmungen ihrer Feinde, der Reaktion, der Mordreaktion, beschönigt und sogar unterstützt werden und dergleichen mehr. Sie lesen es und können sich nicht erinnern! Habt ihr das gelernt, dann werdet ihr die Arbeiterpreise abonnieren und ihr tristes erhöhte Preise, der nur von einem bitteren Muß dictiert wird, treu bleiben!

Der Wiederbeschaffungspreis.

Die Frage des Wiederbeschaffungspreises beschäftigte das Reichsgericht in zwei Fällen, in denen der Inhaber eines Konfektionsgeschäfts und der eines Mantelgeschäfts zu 30 000 Belehrungswerte 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren, weil sie bei der Auszeichnung der Ausstellungssünde im Schauspieler 139 bzw. 66,5 Prozent aufgeschlagen hatten. Der Vertreter des Staatsanwalts beantragte Aufhebung des Urteils. Die Aufhebung eines entsprechenden Preisurteiles müsse erfolgen und könnte auch geschehen, ohne daß das Reichsgericht seinen bisherigen Standpunkt der Ablehnung des Wiederbeschaffungspreises aufzuheben brauche. Der Kaufmann sollte und müsse in seine Waren mit dem Preis einzuziehen, der infolge der Geldentwertung seit dem Eintritt dem Einheitspreis äquivalent entspreche. Dieser Faktor der Geldentwertung habe das Landgericht ganz außer Acht gelassen. Die Zulässigkeit des vollen Wiederbeschaffungspreises könne schon deshalb nicht gegeben sein, weil nach dieser Auffassung eine Veränderung nur im Wege der Gesetzgebung, nicht bei der Gesetzesauslegung möglich sei. Das Reichsgericht erinnerte gleich dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Der Vortrende führte dazu kurz aus: Bei der fünftigen Belehrung wird die Strafflamme von dem Grundsatz ausgehen, daß der Wiederbeschaffungspreis abzuheben ist. Dieser kann unter Umständen auch in der Notmarktfahrt beruhen, und es könnte dann auf Umwegen der Wucherpreis wieder eingeführt werden. Dagegen ist das Reichsgericht davon ausgegangen, daß die Geldentwertung beim Einheitspreis in vollem Maße zu berücksichtigen ist, während bisher nur eine teilweise Berücksichtigung zugestanden hatte. Zumal z. B. bei der Ausfassung ein Urteil von 100 Mark gefosst

hat und der Geldwert so gefallen ist, daß er jetzt 300 Mark zu stehen käme, 300 Mark also soviel wie damals 100 Mark sind, so kann der Kaufmann mit Recht 300 Mark einsehen. — Im Ergebnis kommt beides auf das gleiche heraus.

Statistischer Monatsbericht für November.

Die Bevölkerung der Stadt Lübeck betrug nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Ende November 123 273. Gegen den Vormonat sind das 379 und gegenüber dem Vorjahr 2008 Personen mehr. Der Geburtenüberschuß war mit 17 nur gering und um 32 kleiner als im November 1921. Die Wanderungsbewegung brachte dagegen bei 1363 Zuwanderungen 113 geschlossene, 31 weniger als im Vorjahr. Ehemalige Heimwurten Male betraten 15 Männer und 13 Frauen. Geboren wurden 79 Knaben und 95 Mädchen, zusammen 174 Kinder, im Vormonat 152 und im Vorjahr 193. Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Geburtenziffer war mit 17,0 um 2,2 größer als im Oktober, blieb aber um 2,1 hinter der des Vorjahres zurück. 25 oder 14,4 Prozent (1921 12,4 Proz.) der Geborenen waren unehelich und 7 oder 4 Prozent (5,2 Proz.) tot. Gestorben sind 150 Personen und zwar 61 männliche und 89 weibliche, im Vormonat 132 und im November vorigen Jahres 134. Von den Gestorbenen waren 35 oder 23,3 Prozent (16,4 Proz.) unter 15 Jahren und 61 oder 40,7 Prozent (48,5 Proz.) über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnet) war mit 14,0 größer als im Vormonat (12,9) und im Vorjahr (13,3). Von den im ersten Lebensjahr stehenden Kindern starben 25, hierunter 10 an Leberschwäche, 4 an Magen- und Darmkatarrh und 3 an Lungentuberkulose. Die auf 1000 Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 139,0 (80,6). Todessache war 18mal Krankheiten der Kreislauftorgane, 16mal Lungentuberkulose, 14mal Krebs, 13mal Tuberkulose und 12mal Leberschwäche.

Ein Landfriedensbrecher?

So sah er gerade nicht aus, der 24jährige Landarbeiter Schramm aus Grindau, der am Donnerstag mittag auf der Wollfiedensbrücke lag, um sich vor dem Schmuck zu retten wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Ein schlichter Arbeiter mit dem typischen Hungerleidergesicht, der merklich abstach von dem als Zeugen geladenen pausabürgigen Hofbesitzern.

Unsere Leser kennen den Angeklagten: Auch in Ehrensböll wurde des Rathenaumordes wegen demonstriert. Politisch erregte Zeiten machen heiße Köpfe. Man redet, erinnert sich zugeschickten Unrechts, will die Demonstration zum Massenpaßiergang ins nächste Dorf ausdehnen. Der Führer beschwichtigt. Laßt das, es hat keinen Zweck. Doch die Stimmung liegt. Man will den Bauer belehren, daß er alte Arbeiter nicht zu beledigen hat und daß ein gefeierter halber Arbeitstag bezahlt und der Mann wieder eingestellt werden soll. Also stampfen die Demonstranten nach Schwobbel. Stellen den Bauer, der als nationaler Mann die Versammlungsauflösung der Republikaner abgerissen hat, zur Rede. Die Geschichte wird eingerenkt. Aber da sind einige Ungehorsame, drängen auf fremdes, eingestriedenes Besitztum und schlagen auf den Hofbesitzer Babbe ein. Das Schöffengericht Ehrensböll sieht die verurteilenswerte Rieserei als solche an und urteilt danach. Beiderseitige Revision, Abweisung der Strafsumme: Landfriedensbruch — Schwurgericht.

Zwei Männer wurden bereits am 13. Dezember gerichtet: je 7 Monate Gefängnis resp. 40 000 Mark Buße. Schramm, dessen Intelligenz ausreichte, die Vorladung zu verschwinden, stand vor Gericht, erzählte der Hergang, wie er mittenstie, auf das Bühnengitter, den Pantofel verlor und sich die Hand verstauchte. Durchaus glaubwürdig. Die beiden Hofbesitzer befanden nur, wie sich die Geschichte abgespielt hat; beide kennen den Angeklagten genau, aber gesehen, daß Schramm mit gehauen haben soll, hat keiner. Auch der einzige Belastungszeuge, Imsmus, nicht. Aber Imsmus, der mit Schramm in Reich und Glied ließ, der mit ihm vor dem freuden Hof stand, sah auf einmal nur noch den Schramm unter den 20, 30, 40, die dem Hofbesitzer Babbe nachließen. Über zuschlagen sah er ihn nicht, dafür nahm Imsmus die Prählerie Schramms, einen Denkzettel ausgeteilt zu haben, fürbare Münze. Als ob nicht zu verschiedenen Tageszeiten und in allen Lagern gelegentlich ein Großmaul einmal mehr fagen würde, als er verantworten kann.

Der Staatsanwalt summirt, bezieht sich zum Teil auf die Ausführungen in der ersten Verhandlung, verstreift sich auf den Kronzeugen Imsmus — der nach Aussage des Zeugen Krillenberger den Scheidemann und Erzberger als Schufte bezeichnete — und empfiehlt der sich in der Hauptprobe aus denselben Mitgliedern wie in der früheren Verhandlung zusammengesetzten Geschworenenbank, die Schuldfragen wie die Frage nach milderen Umständen zu bejahen. Der Verteidiger: — wir hätten diesen Argonautenzug von vornherein als das bezeichnet was er war: ein higer Einfall friedlich demonstrierender ehlicher Republikaner, verurteilt durch rechtsboldestische Mörderclique, d. h. die Demonstration an sich war nicht Anklagegrund, sondern ihre unorthodoxen Folgen. Den Paragraph 124 des Reichsstrafgesetzbuches, der da spricht von Zusammenrottungen mit der Absicht, Gewalttätigkeiten zu begehen, hätten wir ebenso gezaust wie den staatsanwaltschaftlichen Verlust, das mittelalterliche logemannische indirekte Beweisverfahren anzunehmen, weil Schramm mit von der Partie war, den freuden Boden betreten hatte, sich die Hand verstauchte, — mit Holzpointinen kann man bekanntlich in der Hant auch stolpern — deshalb ist Schramm schuldig. Auch die zur Begründung der Schuldfrage offenbarste Ansicht der Anklagebehörde, daß das Landfriedensvergehen schuldbefreiend sei hätte eines Gegenwordes bedurfte.

Die Wege des Gesetzes sind verschlungen und von Abgründen umgeben. Wir hatten die obigen Zeilen geschrieben, ehe der Spruch der Geschworenen fiel. Er lautet auf Schuldig. Das Urteil wie in den früheren auf sieben Monate Gefängnis resp. 40 000 Mark Buße. Wie der arme Schlueter diese beziehen soll, darüber wird es noch manches Kopfzerbrechen geben. Strafauflaub wird bis zum 1. November 1927 gewährt. Der Staatsanwalt hatte wegen schweren Haus- und Landfriedensbruchs verbunden mit Gewalttätigkeiten unter Zustimmung mildernder Umstände 9 Monate Gefängnis beantragt.

Wegen versuchter Notzucht wurde in der Vorlesung der Gesetzesauslegung der frühere Reichswehrsoldat von Brockmann aus Berlin zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Buße verurteilt. Falls diese Buße bis zum 1. Juli 1923 abbezahlt ist, wird die Gefängnisstrafe erlassen.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Am 19. d. M. sind hier die diesjährige und zugleich letzte ordentliche Versammlung vor der Neuwahl von Amtshaus und Vorstand statt. Aus dem von dem Vorsthenden des Vorstandes erstatteten Geschäftsbericht verdient Erwähnung, daß infolge reichsgesetzlicher Regelung mit dem 1. Januar 1923 nahezu alle Angestellten, Handlungsgehilfen, Kästen, Lehrer, Erzieherinnen, Krankenwärter usw. zur Untergliederung übergehen,

und daß dadurch die Landesversicherungsanstalt etwa ein Viertel ihres Bestandes von Versicherten und natürlich auch ein Viertel ihrer Tschreibereinnahmen verlieren wird. Gleichwohl besteht zu nächst die Hoffnung, mit Hilfe der wesentlich erhöhten Beiträge die Leistungen für die verbleibenden Versicherten in dem bisherigen Umfang fortsetzen zu können. Die buchmäßige Finanzlage der Landesversicherungsanstalt hat sich seit 1921 außerordentlich gebessert. Gegenüber rund 113 Millionen Mark Kapitalvermögen und 21 Millionen Mark Darlehensschulden am Schluss 1921 ergibt der Vermögensausweis zurzeit einen Kapitalbestand von rund 170 Millionen Mark, der nur noch mit 8 Millionen Mark vom Reich gefundener Rentenzulagen aus früherer Zeit belastet ist. Dabei hat die Landesversicherungsanstalt im laufenden Jahre bereits 73 Millionen Mark an die drei Hansestädte oder an in ihnen wirkende gemeinnützige Bauwerke als Wohnungsbaudarlehen neu hergegeben. Aus dem Heilbehandlungsbericht ist die neuerdings aufgenommene Heilfürsorge für nichtverheirathete, tuberkulöse Chefsfrauen von Versicherten hervorzuheben. Es entspricht dies einem lange empfundenen Bedürfnis, dem der Vorstand nunmehr Rechnung tragen konnte. Besonderes Interesse hat eine Statistik über Dauererfolge bei der Tuberkulosebehandlung. Von 1895 bis 1904 waren nahezu 2000 tuberkulöse Männer und Frauen auf Grund einer Begutachtung des Professors Dr. Reiche-Hamburg von der Landesversicherungsanstalt in ihren Lungensäuglingsstätten in Behandlung genommen. Eine Nachprüfung dieser Fälle ergab jetzt, daß von den damaligen Kranken nach 18 bis 27 Jahren noch 57 vom Hundert voll oder beschränkt erwerbsfähig sind. Die Fürsorge für Halb- und Ganzwaisen und für franks Kinder lebender Versicherten vollzog sich in dem bisherigen Umfang allerdings beständig zunehmend Kosten. Die Rechnung für 1921 wurde genehmigt. Der Haushalt für 1923, der zum ersten Male eine Milliarde übersteigt, fordert die Zustimmung des Ausschusses. Bei der großen Geldentwertung und der Unsicherheit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung entbehrt er leider, so günstig er erübrigt, der gewohnten Zuverlässigkeit. Der Vorstand sprach zum Schluss dem Ausschuß und dem Vorstande, die infolge des Krieges seit 1914 ununterbrochen im Amt geblieben sind und in schöner Harmonie für das Wohl der Versicherten und ihrer Familien zusammengetragen haben, den tiefempfundenen Dank der Landesversicherungsanstalt aus.

Gegen die Edelmetall-Auktionstellen haben die vereinigten Rechtsparteien eine Eingabe an den Senat gerichtet. Sie bezeichnen diese sich ständig vermehrenden Geschäfte als schweren Krebschaden am Volkswörper und Totengräber des Mittelstandes. Der Senat soll nach der Eingabe bei der Reichsregierung vorstellig werden und ferner die Frage prüfen, ob sich eine Ausgestaltung der bei der privaten Fürsorge befindlichen Beratungsstelle zu einer Schwächungs- und Auktionsstelle unter Aufsicht und Mitwirkung des Staates ermöglichen läßt. Die bestehenden Auktionsstellen und ihr Geschäftsgeschehen soll aufs schärfste überwacht werden.

Über das Jugendschwimmen schreibt der städtische Turnwart Holt u. a.: Die Schwimmmausbildung ist in die Lehrpläne der Schulanstalten aufgenommen, die Unterweisung und Übung der Leitung des betreffenden Turnlehrers oder Turnlehrerin vertraut. Damit ist die Einheitlichkeit der körperlichen Ausbildung der Jugend gewährleistet, Aufgaben und Ziel erkannt. Es gilt nun noch zuverlässige Förderung, durch Badeanstalten und ihre Einrichtungen, durch schwimmendes Lehrpersonal, durch Wegräumung aller Hindernisse, das Ziel zu erreichen, daß kein Kind unsere Schule verläßt, ohne dabei Schwimmen zu können, ohne dabei Sinn für Reinhalterung des Körpers, rechte Pflege desselben gewonnen zu haben. Viele Krankheiten können behoben werden, wenn das Baden und Schwimmen durch die Schulgewöhnung zu einem Gemeingut unseres Volkes erhoben würde; dieses müssen unsere Badeanstalten, ob freie, ob in der Vergnügung, unterstützen und fördern. Von diesem Gesichtspunkte sind die nachfolgenden Ziffern zu lesen und zu werten. Möchten die vielen Hindernisse im Jugend-Schwimmen durch eine weitreichende Staats-Stadtverwaltung unter rechter Deutung event. Geldbewilligungen fortgeräumt werden, damit das angekündigte Ziel wenigstens für die Sommermonate erreicht werde. In der Badeanstalt Karlsruhe wurden genommen: 27 181 Klassenbäder von Knaben und 16 716 von Mädchen; in der Badeanstalt Falckenberg: 5565 Klassenbäder für Knaben und 5958 für Mädchen, in der Badeanstalt Finckenberg: 10 091 Klassenbäder für Knaben und Mädchen; in der Badeanstalt Marien: 6923 Klassenbäder für Knaben; in der Badeanstalt Falckenberg: 5689 Klassenbäder; in der Badeanstalt Moisling: 1633 Klassenbäder; in diesen Badeanstalten zusammen: 82 726 Schulbäder. Dazu kommen Ferien-Freizeitbäder für die Straßen- und Hafenseite-Badeanstalt von 322 und die Hafendamm-Badeanstalt von 162. Wenn wir annehmen, daß hieran 250 Klassen unserer städtischen Schulen teilnehmen müßten, so kommen auf jede Klasse 360 Klassenbäder, bei der Annahme einer Durchschnittsbelegung von 30 Kindern, kommen wir vom 15. Mai bis 15. September (Vulcanscheidt aus) für 3 Monate auf 12 Bäder, das macht für die Woche eins. Das ist etwas, aber viel zu wenig. Man sieht also, wie sehr wir hierin weiterer Unterstützung bedürfen, aber nicht allein der Förderung des Staates, der Behörden und der Schule, sondern auch der wesentlichen Unterstützung ehrwürdiger Elternkreise.

Das Reichsgericht gegen die Höchstpreise für Milch.

In Sachsen wurden Höchstpreise für Milch festgesetzt. Diese Maßnahme richtet sich gegen den Milchwucher und gegen die Säuglingssterilität. Inzwischen hat aber das Reichsgericht in einem Prozeß entschieden, daß Milchhöchstpreise nicht festgesetzt werden dürfen. Nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Milch sowie tierischen und pflanzlichen Fleißen hatte der Magistrat von Berlin durch Verordnung vom 26. Mai 1921 ein Milchamt eingerichtet, welches dafür sorgen sollte, daß die minderbemittelte Bevölkerung Milch für die Säuglinge zu entsprechlichen Preisen erhalten. Zu diesem Zwecke wurden Höchstpreise festgesetzt. Der Milzkreisbesitzer Franz Weiß hatte sich geweigert, seine Milch zu dem Höchstpreise von 3,40 Mk. abzugeben und hat sich von seinen Kunden 5 Mk. dafür zahlen lassen, weil er sonst nicht auf seine Kosten komme. Wegen Zuwidderhandlung gegen jene Verordnung ist er am 19. April vom Landgericht in Berlin zu einer Geldstrafe von 1000 Mk. verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Revision eingeleitet. Der Verteidiger legte vor dem Reichsgericht dar, daß nach Lage der Gesetzesgebung eine Festsetzung von Milchhöchstpreisen nicht zulässig sei. Das Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsklassen müsse dann allerdings auf andere Weise gewahrt werden, vielleicht im Wege der Armenpflege. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, da nach der jetzigen Lage der Gesetzesgebung eine Festsetzung von Milchhöchstpreisen nicht mehr zulässig ist.

Das Reichsgericht, das so hart gegen diesen vorgeht, die den gehirnen Waffenländern nachspürt, und die zu diesem Zweck auch Angaben der ausländischen Kommissionen machen, legt eine auffällige Schwäche an den Tag, sobald Lebensmittelwucher vor ihm stehen. Wir halten seine Entscheidung für vollkommen verfehlt. Die Reichsregierung hat den Gemeinden wiederholt den Rat gegeben, Maßnahmen zu treffen, um

die erforderliche Milch für die Säuglinge und Kranken zu sichern. Dazu gehört auch die Fortsetzung von Höchstpreisen, denn was nicht dem Säugling die Milch, wenn sie so teuer ist, dass sie für ihn nicht beschafft werden kann. Selbstverständlich muss an den Höchstpreisen festgehalten werden. Sie müssen gesetzlich für das ganze deutsche Reich festgelegt werden, damit die Justiz nicht solche Entscheidungen treffen kann.

Der Höchstpreis für Vollmilch von Mf. 165.— bleibt ab 23. d. Mts. unverändert bestehen.

Missionengeschenk an das Naturhistorische Museum. Ein Weihnachtsgeschenk von außerordentlicher Bedeutung wurde dem Naturhistorischen Museum aufgetragen: Herr Hans Laggeröd und Frau, geb. Lenz aus Neumark überwiesen eine Summe von 1½ Millionen Mark zur Förderung der Aufgaben des Museums. Erwerb und Ausstellung der Sammlungen des Dommuseums sind zum größten Teil ein Werk des im Jahre 1913 verstorbenen, weit über die Grenzen seiner Vaterstadt hinaus geschätzten Prof. Dr. Heinrich Lenz. Ihm lag insbesondere die Entwicklung des Naturhistorischen Museums am Herzen, weil die Naturwissenschaften sein Arbeitsgebiet waren. Das Geschenk der Tochter des Verwalteten ermöglicht in der heutigen schwierigen Zeit den Ausbau der Sammlungen.

Wie lange dauert eine Kilowattstunde? Es ist wenig bekannt, in wieviel Brennstunden die einzelnen Birnen eine Kilowattstunde erreichen. Eine Kilowattstunde Lichtstrom wird verbraucht von einer Metalladollampe von 50 Kerzen in 18 Brennstunden. Eine 32erzige Lampe braucht 28 Brennstunden, um eine Kilowattstunde zu verzehren, eine 25erzige 35 Brennstunden, eine 18erzige 55 Brennstunden, eine 10erzige 80 Brennstunden und eine 5erzige 140 Brennstunden. Wenn also in einem Haushalt von abends 6 bis 10 Uhr eine 25erzige Lampe, die zum Lesen vollkommen genügt, gebraucht wird, so bedarf dies monatlich 120 Brennstunden gleich rund 3,4 Kilowattstunden — aber, in Geld umgerechnet, in Lübeck juzzeit etwa 1020 Mf.

Die Haftung der Post. Der Reichstag hat zum Postgesetz einige Änderungen beschlossen, von denen wir folgende hervorheben: Für eine eingeschriebene Sendung wird dem Schreiber im Falle des Verlustes ohne Rücksicht auf den Wert der Sendung ein Ertrag von zweitausend Mark geahndet. Einschreibabfertigungen, Wertbriefe und Westentale bis zu dem für Postanweisungen zugelassenen Betrag (20.000 Mf.) oder die zugehörigen Ablieferungszeiten und Pakettarife, wie Postanweisungen nebst den Geldbeträgen werden bei der Bestellung, wenn der Empfänger oder sein Bevollmächtigter in der Poststube nicht angetreten oder der Befsteller nicht vorgelassen wird, an ein erwartbares Familienmitglied ausgebändigt. Die Änderungen sind bereits am 15. Dezember in Kraft getreten.

pb. Diebstahl. Aus einer Weichfläche in der Nordenburger Allee wurde ein Seaclothkoffer und ein großer Holzer Wäsche und Kleidungsstücke entwendet. — Einem Kolonialwarenhändler an der Wallstraße wurde ein Reise-Servic, 1 Koffer, 1 Milchkoch und 2 Unterdrückeln gestohlen. — Aus einem Schaukasten in der Süderstraße wurden mehrere Bilder gestohlen. — In der Nordenstraße wurden 2 goldene Damenuhren gestohlen.

pb. Ein feiner Kutscher. Heiligabend wurde ein Dreher aus Guben, der hier ein Pferd und Wagen veräußerte, das er im Auftrage eines Landmannes aus Langenhagen i. Holst. nach Berlin bringen sollte. Der Landmann hatte den ungetreuen Beträger aus Freilichtfreiheit eine Strafe Woods mitgegeben. Da er mit dem Eisenbahn weiter reisen wollte, beantragte er den Fahrrück, Pferd und Wagen in Berlin einzustellen, dieser fuhr aber damit nach Lübeck und verkaufte es. Pferd und Wagen ist wieder herbeigeschafft und kommen hier übergestellt werden.

pb. Kohlen- und Schuhhändler. Heiligabend wurde ein in der Süderstraße wohnhafter Kohlenhändler sowie dessen Ehefrau und eine in der Ziegelsstraße wohnende Verkäuferin. Die Ehefrau des Kohlenhändlers und die Verkäuferin waren in einem kleinen Leidergeschäft beschäftigt und führen dort ganz erhebliche Geschäfte aus. Die gesuchten Sachen der Ehefrau kauften der Kohlenhändler wieder ab, während sich die Verkäuferin mit einer Verkäuferin eines Leinenengroßhändlers in Verbindung setzte und dort die gekauften Sachen gegen eine größere Menge Seidenlängen, die diese Verkäuferin wieder ihrem Arbeitgeber gehoben hatte, vertauschte.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonnabend nachmittags statt Sonntag nachmittags „Prinzessin Quitschwind“. Sonnabend abend für die Böttchäne: „Schatz der Otto“ in Rühmann-Saal.

Amtlicher Teil.

Der Senat hat dem Friedhofsbewahrer Eugen Langenbuch den Titel „Friedhofsinpektor“ verliehen. (11031)

Der Senat hat dem Ehren Staatsbeamten Dr. jur. Carl Dietrich Bierau den Titel „Ober-Praefekt“ verliehen. (11044)

Das Gesetz- und Beförderungsgesetz
der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 76 vom 22. Dezember 1922 enthält: (11057)

Gesetz, betreffend die Schaffung einer Industriebehörde. — Gesetz, betreffend die Erhebung einer Abgabe für das Lösen von Gütern in Großstädten. — Beförderungswegen Erhaltung der Gelungsdauer der §§ 1a und 1b der Verordnung vom 15. September 1880, betreffend die Erhebung eines Gebührs für Ein- und Ausfuhr von Schiffen. — Bittschriftenweg zu der Verordnung vom 15. September 1880, betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Ausfuhr von Schiffen. — Beförderung, betreffend Vergebung eines Beurteilungszulassungspapiers zur Güteprüfung. — Bittschriftenweg zu dem Befrei vom 2. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gatt. der Schuhfabrikation, wie des Fleischhandels mit Bratwurst oder Sohns. — Bittschriften zu der Beförderung vom 4. Mai 1911, betreffend Vorrichtungen für den Gewerbebetrieb der Schuhfachhändler und Schuhmacher. (11057)

Eine Beförderung, die auf Antrag der Technischen Untersuchungsbehörde für die Unterhaltungs- und Bruttosteile des Deutschen Arzneimittelvereins für das Wirtschaftsgebiet angemessenes Arzneimittelwaren finden in den Lagerhäusern nicht mehr kann.

Das Beförderungsamt über die hier zugelassenen Prozesse kann während der Erfüllungskunden im Gewerbeaufsichtsamt eingreifen werden.

Lübeck, den 18. Dezember 1922. (11045)

Das Polizeiamt.

Handelsregister.

Am 21. Dezember 1922 ist eingetragen: Ein Geschäftsbetrieb und Geschäftsführer. Geschäft mit beschränkter Haftung. Lübeck. Geschäft als Importeur. Betrieb von Schuhfachhändler, Geschäftsführer. Beförderung sowie der Betrieb von und die Belebung an öffentlichen Ver-

anstaltungen. Auf die am Sonnabend stattfindende Eröffnung der Leharschen Operette „Fra suita“ sei ganz besonders hingewiesen. Es ist dies die Uraufführung für Deutschland in Wien seit einem Jahre mit ununterbrochenem, höchstens gelungenen Erfolge gegebenen Werkes. Diese Operette nähert sich sowohl im Textbuch wie auch in der Musik der klassischen Operette und stellt auf diesem Gebiete etwas ganz Außergewöhnliches dar. Die Figur der „Fra suita“, einer Zigeunerin, erinnert in vielerlei Hinsicht an Carmen. Leidenschaft und Humor wechseln in rascher Folge; diese Operette dürfte wohl das interessanteste Werk sein, das seit langer Zeit für die Operettenbühne geschrieben wurde.

Angrenzende Gebiete.

Schleswig. Aus achtbarer Familie stammend bezeichnet die Hamburger Presse einen Gauner namens Riede, der zu 2½ Jahren Gefängnis wegen Geprächswindelien verurteilt wurde. Er gab seinen Koffer auf der Gepäckstelle am Hauptbahnhof zur Aufbewahrung ab. In derselben Tages kam er wieder und sagte einen Geprächsträger, er habe keine Wohnung und keine Arbeit, möchte aber einige Gegenstände aus seinem Koffer nehmen. Dies wurde ihm auch gestattet, in dem Gepäckraum vorzunehmen. Diesen Umstand bemerkte er dazu, den Zettel seines Geprächsträgers aus einem anderen Koffer, in dem er wertvolle Gegenstände vermutete, aufzuleben. Dann löste er auf seinem Geprächsträger den Koffer mit wertvollem Inhalt ein und verkaufte Koffer nebst Inhalt. Dieses Manöver wiederholte er noch einmal. In den ihm nachgewiesenen sechs Fällen hat er Schnapsflaschen, Uhren usw. im Werte von etwa fünf Millionen Mark in die Hände bekommen. In der gleichen Weise hat er den Schwund in Bielefeld, Köln und Berlin betrieben, wobei ihm Wertgegenstände im Betrage von zehn Millionen Mark in die Hände gefallen sein sollen.

Schweinfurt. Unliebsame Gäste. Wir leben in der meilenburgischen Parteidreiecke: Die Abgeordneten der Parteien haben zur Ausübung ihrer Tätigkeit freie Eisenbahnfahrt in beliebiger Wagenklasse. Es soll hier nicht die Frage untersucht werden, ob diese Bestimmung im allgemeinen berechtigt ist. Sicher ist richtig, daß den Volksboten freie Bahnfahrt gewährt wird, wenn sie zu den Sitzungen fahren oder sich auf Informationsreisen befinden. Sobald es sich um Freifahrt für Beamte handelt, ist dies selbstverständlich. Wer die Abgeordneten? Führen da tatsächlich 2 Beamte der Reichsbahn von Kleinem nach Schwerin, wobei sich der eine, ein Doktor, hinterstellte, daß die 1. Klasse auf den Hauptstraßen von Berlin aus nur noch von Abgeordneten besetzt sei, die sich sonst in Hemdsärmeln in der ersten Klasse bewegen. Aber es ist verständlich, wenn diese Herren Beamten, die selber eine Freifahrt in der Tasche haben, nur mit „Gebildeten“ zusammenfahren wollen. Und was rauchten diese „Leute“ oft für einen starken Tabak! Ja, Doktorchen, soweit sind wir noch nicht, daß die Abgeordneten fraktionsweise in Wagenklassen verzerrt werden. Das wäre sonst das Richtige. Deutschnationale und Deutschösterreicher hätten Anspruch auf die 1. Klasse, Volksvertreter gehörten in die 2., den Demokraten gehörte die 3. und die Sozialen hätten die 4. Klasse zur Verfügung. Wäre das so nach Ihrem Sinn, Doktor? Die hohen Gehälter und Tagegelder zahlt ja heute noch für Sie die verfluchte Republik.

Oldenburg. Illyrisches Kommissariat. Der „Kommiss“ wird geschrieben: Klagen über schlechte Behandlung der Mannschaften werden jetzt oft laut. Ganz besonders bei den kleinen Reitwehr-Informations-Bataillonen die Herren Offiziere in den Untergesellen noch immer den „Kerrl“ zu erblicken. Bekommt Klagen werden über den Hauptmann Schimmelpennig geführt. So hat er einen verdeckten Oberstafreiter auf Woche kommandiert. Beide Reiter ist Kriegsbeißdienter und leidet unter den Folgen eines Kopfschusses, macht keinen Dienst mit und kommt auf keine Entlassung. Da er den schweren Stahlhelm infolge des Kopfschusses nicht tragen kann, macht er seinen Hauptmann darauf aufmerksam. Statt einer ausführlichen Befragung heißt es ihm Hauptmann Schimmelpennig an: „Dann melden Sie sich, Karl, lassen Sie Tod und freuen Sie Mirrin!“ Der durch den Kommissar schwer leidende und durch diese Kränkung gereizte Oberstafreiter erwiederte darauf: „Herr Hauptmann, Tod können Sie lassen und auch Mirrin freuen, ich nicht!“ Darauf wurde nicht der Hauptmann, sondern der Gefreite sofort abgeführt und wird jetzt — nach acht Tagen — noch in Haft behalten, nicht wegen Fluchtversuch, nicht wegen Verdunkelungsgefähr, sondern aus Gründen der Disziplin! — Alles das geschieht unter dem Schuh des Geisters.

Nichtamtlicher Teil.

Ges. Bettst. a. U. P. A 624 a d. Grp. (11046)

Gr. Kipp. -W. u. B. z. verf. (11085) Wakenitz. 1 II. I.

Zu verl. 3 P. Kinderst. f. d. Alt. v. 2 Jahren, 1 P. Militärschl. Nr. 42, 1 Gasbachaube. (11082)

Arnimstr. 4 c. pt.

Eleganter Peddigroh-Rinderwagen zu verl. (11053) Gr. Bauhof 6.

Afford-Zither, Wringmaschine und 1 Schrotmühle z. verf. Lemm, (11041) Schönfammlstr. 13.

Falt. n. Schaukelpferd u. Kinderwagen z. verf. (11058) Chajowitz. 2a. II.

Puppenwagen zu verf. (11044) Hundestr. 8. I.

Blockwagen, Leitung 6 mm, Vorfahrt, Bettmutter-Övergl., zu verf. (11071) Sujetsstr. 24.

Neue u. gebr. Hand- u. Trittbahnmash. u. Fahreräder, gr. Post. Karbidlampen billig. (11068) Karpfenstr. 30.

Reichs. Brot 500 Mt. Marzip. Marzip. 14. Kirschg. Billiger! (11081)

Zu verl. gute Sing.-Dr. Pfeifmäuse 2100 Mt. (11064) A. Meyer, Händler Gr. Vogelgang 13a.

Gr. Puppenloch. z. verf. (11088) Schlesingergr. 57. I.

540 Mt. Was bel. marfenst. Landstr. ca. 1900gr. (11049) Danzigerstr. 56.

Aus aller Welt.

Grauenmord in Berlin. Ein Raubmord, begangen an einer Frau, wurde in der Nacht in dem Hause Wrangelstraße 27 im dritten Stock des Vorderhauses entdeckt. Das Opfer ist die 27 Jahre alte Frau Minna Hertel, die seit 5 Jahren von ihrem Mann, einem Produktenhändler, geheiratet lebt. Frau Hertel wohnte mit ihrem 6 Jahre alten Kinderchen bei ihrem 63 Jahre alten Vater, dem Arbeiter Trogan. Als dieser abends 11 Uhr von der Nachtschicht nach Hause kam, fand er seine Tochter zu seinem Erstaunen tot liegen, beseitigt und zugesetzt, gefesselt und an Händen und Füßen gefesselt. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Gefangnahme einer Geschäftsmutter. Eine Fälschungsfabrik wurde vor einiger Zeit in der Bürgerstraße 45 zu Brix ausgebunden. Ihr Fabrikant war der Eigentümer des Grundstücks, ein gewisser Güttinger. Die weiteren Ermittlungen führten jetzt zur Verhaftung von weiteren acht Mann. An ihrer Spitze stand als Leiter des ganzen Treibens ein gewisser Fritz Raich, der auch einmal in der Kommunistischen Partei eine Rolle spielte und öfter als Delegierter nach Moskau entsandt wurde. Später aber wurde er wegen Unzuverlässigkeit aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Es wurde ihm sehr verübt, daß er einen großen Aufwand trieb und sich unter anderem ein Motorboot holt. Im vergangenen Jahre lernte Raich einen gewissen Spielerhof kennen, der im Rheinland wegen Herstellung von falschen Fünfmarksscheinen zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden, aber aus der Anstalt entflohen war, wobei es ihm gelang, Kalihgeldplatten nach Berlin mitzunehmen. Zusammen mit Raich nahm er die Fälschungsfabrikation in Brix auf. Da er aber auch in Leipzig eine „Filiale“ aufgetan hatte, arbeitete sein Berliner „Kompagnon“ Raich allein und setzte auch erhebliche Mengen Fälschgold um, bis jetzt die Reichsbank-Fälschgoldstelle das Nest entdeckte und aushob und die Fälscherverbände festnahm.

Beschlagnahme von Millionen-Schmuggelwaren. Vom Hauptzollamt und seinen Unterämtern in Kreuznach wurden im November insgesamt Schmuggelwaren im Werte von 20 Millionen Mark beschlagnahmt, davon 6½ Millionen Mark dem Reich für verfasste erklärt wurden, 4½ Millionen Mark entfallen auf allein Grenzschmuggel, 0,8 Millionen Mark auf den sogenannten deutschen Außenlauf, 0,9 Millionen Mark auf unerlaubten Kleinverkehr.

Millionenzollstrafe für Schmuggler. Aus Konstanz wird gemeldet: Der Italiener Lutola aus Genoa versuchte mit vier Angehörigen in einem mit Schmuggelwaren beladenen Automobil am Kreuzlinger Zoll die Grenze zu überschreiten. Jeder der fünf Beteiligten wurde mit je einer Million Mark, insgesamt mit fünf Millionen Mark, Geldstrafe belegt. Die Waren wurden einbezogen.

Todesurteil. Nach vierjähriger Verhandlung wurde vom Essener Schwurgericht der Maschinist Gottfried Karusseit aus Gelsenkirchen zum Tode verurteilt, weil er als Abschütt-Kommandeur bei der Roten Armee im Herbst 1920 einen Reichswehrsoldaten aus seiner Wohnung herausholen und, nachdem ein Revolutionstribunal unter seinem Vorsitz das Todesurteil gefällt hatte, dieses vollstrecken ließ.

Billige Weihnachtsbäume in England. In London und anderen englischen Städten ist die Zufuhr deutscher Weihnachtsbäume so groß, daß die Händler nur verhältnismäßig niedrige Preise erzielen können. In London kosten schöne Weihnachtsbäume, aus dem Schwarzwald stammend, nur 6 Schillinge bis 9 Schillinge für das Dutzend, so daß der Kleinhändler schöne mittelgroße Bäume für 4 bis 6 Schillinge verkaufen kann, und dabei noch guten Verdienst erzielt.

Neue Bücher.

Im Verlage von Gebrüder Bornhers G. m. b. H., Bülow, ist erschienen: „Die niederdeutschen Verse von 1463 und die hochdeutschen Verse von 1701 zum Totentanz in St. Marien zu Lübeck“ mit Abbildung der Einzelfiguren. Ottav 28 Seiten in Kartonumhülle. Grundpreis 0,15 Mt. Teuerungszahl ab 2. Dezember 1922: 400.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Neukölln Hermann Bauer; für Literatur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., höchstlich in Lübeck.

Beförderung.

In der Nacht vom 13. zum 14. Dezember wurde durch Einbruchsdiebstahl auf unserem Fabrikgrundstück in Dänischburg Schlosser- und Tischlerhandwerks-

zeug,

zum Teil B. B. gezeichnet, im Werte von ca. 25 000 Mark, ferner

Frauen- und Männerkleidung und Accessoires entwendet. Der Einbruch erfolgte gegen Morgen. Zum Fortschaffen der Beute dienen 2 weiße Emailleimer. Für Angaben, die zur Ermittlung der beiden Täter führen, stehen wir eine Belohnung von

10 000 Mark

aus.

Villeroy & Boch,

Plattenabriß, Dänischburg.

Ankauf ständig höchstzahlend:

Altgold-, Silber-, Platin-, brüni, alte Gebisse, Brunnenspitze, Brillanten.

Für besondere Sachen besondere Preise.

Goldschmied Tollgreve,

92 Königstraße 92 11051

Edelmetallschmelze.